

### Die Erdgasfrage.

Von Ladislaus Vizony.

Budapest, 3. Januar.

Seit der Veröffentlichung des mit der Deutschen Bank geschlossenen Vertrages bezüglich Verwertung des Erdgases haben wir des öfteren Artikel zu lesen und Reden zu hören bekommen, die den Zweck verfolgten, die günstige Wirkung, welche die erfolgreiche Aktion des Finanzministers Teleky in der öffentlichen Meinung allgemein ausgelöst hat, abzuschwächen. Mit ziemlich verschobenen Beweisführungen trachten einzelne gegen den Vertrag Stimmung zu machen, doch wird diese Stimmungsmacherei, die wieder einmal aus einer ernstlichen wirtschaftlichen Frage von eminenter Bedeutung eine politische Angelegenheit machen will und die Gelegenheit benützt, um den alten Parteihader neu zu entfachen, keinesfalls Erfolg haben können. Es kann mit Verhütung festgestellt werden, daß die ersten Schichten des Landes, die in solchen wichtigen Fragen zu urteilen berufen sind, keinen Willen zeigen, der Opposition auf diesem Wege zu folgen.

Auf das aus Laien bestehende Publikum bleiben aber die tönenden Schlagwörter, mit denen einzelne arbeiten, die Riesenzahlen, mit denen umhergeworfen wird und die derart raffiniert aufgestellt sind, daß sie die Frage geradezu in eine falsche Beleuchtung rücken, naturgemäß nicht ganz ohne Wirkung. Da wird es denn nicht unangebracht sein, die Beweisgründe einer kritischen Sichtung zu unterziehen, die gegen den Vertrag lethargisch aufgebaut wurden.

In erster Reihe sei einer kleinen Flugchrift gedacht, deren Autor mit auffallendem Eifer, keinerlei Objektivität für die Aktion des Finanzministers zeigend, sondern ihr geradezu feindselig entgegengehend, sich in den Dienst jener stellte, die die Frage auf das politische Gebiet hinüberspielten. Auch dieser Schriftsteller wirft mit Zahlen um sich, die das Laienpublikum leicht zu betören vermögen. Er stellt zum Beispiel eine Berechnung auf, nach der die Stadt Kolozsvár auf ein jährliches Einkommen von 470.000 Kronen verzichtet hätte. Die Berechnung gründet sich aber darauf, daß der Autor den Jahresbedarf Kolozsvárs auf 34.000.000 Kubikmeter schätzt, wovon auf den Bedarf der Einwohner 25 Millionen Kubikmeter entfallen würden. Demgegenüber steht einerseits die Tatsache, daß der jährliche Gasbedarf Kolozsvárs gegenwärtig nicht mehr als rund eine Million Kubikmeter beträgt, andererseits die jedem normal Denkenden sofort einleuchtende Gewissheit, daß der ideale Zustand, in dem Kolozsvärer Haushaltungen jeden Brennstoff durch Erdgas zu ersetzen, im besten Falle erst in einigen Jahren erreicht werden kann. Man wird demnach richtig schätzen, wenn man die Erdgasmenge, welche die Stadt Kolozsvár im ersten Jahre den Haushaltungen zuzuwenden vermag, statt mit 25 Millionen Kubikmeter mit höchstens zehn Millionen Kubikmetern berechnet. In diesem Falle würden sich die Einnahmen der Stadt ganz anders stellen, als der Autor der Flugchrift annimmt. Er stellt die Jahreseinnahmen des für die Haushaltungen verwendeten Erdgases bei einem Grundpreis von acht Hellern (25.000.000 x 0,08) auf zwei Millionen Kronen. Der realen Rechnung nach, wenn statt 25 Millionen Kubikmeter nur zehn Millionen Kubikmeter angenommen werden, reduzieren sich diese Einnahmen auf 800.000 Kronen, womit die ganze Berechnung hinfällig wird, da die Einnahmen nicht nur die Ausgaben nicht decken, sondern sich als so gering erweisen, daß schon das erste Jahr mit einem Defizit von nahezu einer Million Kronen schließen würde. Die Stadt Kolozsvár würde sich für solche Besicherung höchstens bedanken.

Der Autor der Flugchrift will den Vertrag des Finanzministers natürlich verwerfen und stellt Prinzipien auf, mittels deren die Erdgasaktion aufzubauen wäre. Das Axiom — so führt er aus — soll Inhaber des Monopols, soll Produzent bleiben, die Hauptleitungen bauen und den in Betracht kommenden Städten auf ihrem Gebiet das Verfügungsrecht erteilen. Da dies demnach ein gemeinsames Unternehmen des Staates als Produzenten und der ungarischen Städte als Konsumenten würde, müßte das Axiom das für die Investitionen und für den Geschäftsverkehr benötigte Kapital beschaffen, „und zwar möglichst im Inlande“, mit der weitestgehenden Einbeziehung der ungarischen wirtschaftlichen Kräfte.

Der Autor sieht demnach ein, daß die Lösung der Erdgasfrage Kredit, ein großes Investitions- und Geschäftskapital erfordert. Und da er mit besonderem Nachdruck direkt auf das Privatkapital hinweist, läßt er die Ueberzeugung erkennen, daß die Mittel weder vom Staat, noch von den Städten beschafft werden könnten. An anderer Stelle gibt er selbst zu, daß wir nach dem Kriege mit einer wirtschaftlich äußerst schweren Lage zu rechnen haben werden, daß des Staates große Aufgaben und Lasten harren, die unsere wirtschaftliche Tragkraft auf die äußerste Probe stellen werden. Der Autor hat sicherlich die in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Dezember gehaltene Rede des Finanzministers Teleky gelesen, in welcher der Minister, auf die Lage hinweisend, mit der wir nach dem Kriege rechnen müssen, sagte, daß derjenige, der größere Ausgaben vom Staate fordert, in erster Reihe auf jene Quellen hinweisen müßte, aus denen diese Kosten zu beschaffen sind, da ohne diesen Hinweis kein Antrag dieser Richtung ernst genommen werden dürfe und da er leider selbst nicht die Quellen sehe, aus denen die in Zukunft notwendigen Investitionskosten gedeckt werden könnten. Der Autor hat — wie gejagt — sicher diese

Rede gelesen und befolgt den Rat des Finanzministers, indem er sofort auf das Privatkapital als Quelle hinweist. Auch auf die Städte rechnet er ganz richtigerweise nicht, da er die äußerst ungünstige finanzielle Lage der ungarischen und hauptsächlich der siebenbürgischen Städte, die großen Schulden Kolozsvárs, Marosvásárhelys, Tordas, ihre noch aus Friedenszeiten stammenden, mehrere Millionen betragenden Kreditbedürfnisse feststellt und die Tatsache erwähnt, daß all diese alten und neueren Schulden eine derartige Belastung wahrscheinlich machen, für die sich kein Beispiel in der Geschichte der Städte findet.

Es bleibt also das gewisse Privatkapital. In der Flugchrift findet sich jedoch ein Abschnitt, worin der Autor ausführt, daß er hier nicht an die Kraft des Bankkapitals denke, da „offen gestanden, die ungarische Volkswirtschaft Ursache habe, dem Wanken dieses Privatkapitals (nämlich unserer Großbanken) mittrauisch entgegenzusehen“, so daß der Autor als Endresultat im Rahmen der durch ihn als richtig befundenen Erdgasaktion wohl nur an jenes „bürgerliche Kapital“ denken kann, das „bisher bei uns nicht die nötige Beachtung fand“.

Der Autor findet also für die benötigten großen Kapitalien selbst keine Deckung und ist genötigt, auf jenes bürgerliche Kapital hinzuweisen, über das er selbst sagt, daß vor seiner Organisation „eine wirtschaftliche Kultur und eine starke öffentliche Meinung geschaffen und daß, um dies zu ermöglichen, das Mißtrauen unseres Publikums gegen ungarische Industrieunternehmen zerstreut werden müßte“. Kurz — die Erdgasfrage möge weiter schlafen, bis es gelingt, eine starke wirtschaftliche Kultur zu schaffen, bis es gelingt, Industrieaktien im Werte von Hunderten Millionen bei dem ungarischen bürgerlichen Kapital zu placieren.

Leider verfallen auch andere in diesen Fehler und viele der Gegner des mit der Deutschen Bank geschlossenen Kontraktes agitieren mit der wohlklingenden, dem Eingeweihten aber äußerst naiv erscheinenden These, daß wenn das bürgerliche Kapital jetzt im Rahmen der Kriegsanleihe Milliarden für die Zwecke der Kriegführung hervorzubringen könnte, nach dem Kriege auch für andere Aktionen, so auch für die Erdgasaktion, sich das Kapital beschaffen ließe. Auch der Kolozsvärer Universitätsprofessor Bela Kenéz wirft in einem Artikel die Frage auf, ob wir uns wortlos mit dem Gedanken abfinden müssen, daß das zur Verwertung des Erdgases benötigte Kapital von zwanzig oder auch hundert Millionen Kronen nicht aus jener ungarischen Gemeinschaft zu beschaffen war, die innerhalb eines Jahres mehr als vier Milliarden Kronen Kriegsanleihe zeichnete? Darauf kann abermals mit den Worten des Finanzministers Teleky geantwortet werden, der in seiner oben erwähnten Rede folgendes sagte: „Jene, die betäubt von dem wirklich glänzenden Ergebnis der Kriegsanleihe, glauben, daß wenn jetzt so viele Milliarden für Kriegsanleihe aus dem Lande beschafft werden konnten, diese Quelle auch in Zukunft für Investitionen zur Verfügung stehen wird, befinden sich in einem solchen riesigen Irrtum, daß ich mich wahrlich fast schäme darauf einzugehen, denn es gehört ein derartiger Grad von wirtschaftlicher Unwissenheit dazu, diesen Gedanken zu fassen, daß ich es nicht für erlaubt halte, die Geduld und Zeit des geehrten Hauses mit einem Dementi in Anspruch zu nehmen.“

Die Gegner des Erdgasvertrages haben noch manch anderes zu sagen; eine ihrer am meisten benutzten Beweisführungen ist die, daß wenn die ungarische Regierung 125 Millionen für die Zentrale der Finanzinstitute übrig hat, auch die Millionen verfügbar wären, mit denen man verhindern könnte, daß wir zur Lösung der Erdgasfrage eine deutsche Bank, deutsches Kapital ins Land bringen. Was die Kreditinstitute-Zentrale betrifft, so erübrigt es sich wohl, bei diesem Anlasse wieder einmal auszuführen, welche brennende Notwendigkeit die Zentrale der Finanzinstitute für das Land bilde und welche große Lebensinteressen unserer Volkswirtschaft sich daran knüpfen, daß diese über große Kraftmittel verfügende Organisation unserer Kreditleben aus den kriegerischen in die Friedenszeiten hinüberführe und daß hiedurch unsere Volkswirtschaft von den tiefwirkenden, alle Schichten der Bevölkerung des Landes schwer bedrohenden Gefahren großer Erschütterungen verschont werde. Auf die ohne Verantwortung geführte Aktion, die sich diesen Interessen entgegenstellt, hat der Ministerpräsident bereits geantwortet. Am treffendsten war aber die Bemerkung des Staatssekretärs Leopold Badó in einer in Angelegenheit der Zentrale der Finanzinstitute im Finanzministerium abgehaltenen Fachkonferenz, daß nämlich, falls die Regierung diese großzügige Reform nicht mit großer Opferwilligkeit vorgeschlagen hätte, jetzt jedermann zu dieser Initiativedrängen würde.

Die Zentrale der Finanzinstitute ist in erster Reihe ein Bedürfnis der Kriegszeit. Wenn unser Wirtschaftsleben der Zentrale bedarf, um die Krisen des Überganges zur Friedenswirtschaft unverehrt überdauern zu können, so muß die Institution um jeden Preis, gewissermaßen auf Kriegskosten geschaffen werden. Die Beweisführung, daß die Erdgasaktion mit dieser Frage gleichberechtigt und gleicher Natur sei und der Staat, wenn er für die erstere Geld habe, auch die Mittel für die letztere aufbringen müsse, kann keinesfalls bestehen.

Einzelne sehen durch den Erdgasvertrag auch die ungarische Industrie gefährdet. Eine an den Minister des Innern gerichtete Unterbreitung besagt, daß

Kolozsvár durch den Vertrag um die Möglichkeit gebracht sei, eine riesige Industrie zu schaffen. Aus welchen Mitteln Kolozsvár diese Maschinenindustrie hervorbringen hätte können, ist nicht recht abzusehen. Abgesehen davon, daß einerseits der Finanzminister im Vertrag alle Interessen der ungarischen Industrie vollständig gesichert hat, andererseits dafür gesorgt ist, daß die im Erdgas vorhandene Industrieförderungskraft unter allen Bedingungen der Staatsgewalt erhalten bleibe (der Finanzminister kann Industrieunternehmen auch aus den der ungarischen Erdgas-Aktiengesellschaft überlassenen Gasfeldern Erdgasmengen überlassen) und daß mithin keinerlei Hoffnung auf Industrieförderung vernichtet wurde; abgesehen hiervon, sieht auch der Autor der vorhin erwähnten Flugchrift ein, daß „die Hoffnungen, die an die industriefördernde Wirkung des Erdgases nach oberflächlicher Beurteilung geknüpft werden, nicht gerade aussichtslos seien“, und er ist schließlich festzustellen gezwungen, daß die industriefördernde Wirkung des Erdgases noch geraume Zeit und viele Vorbereitungsarbeiten beanspruche.

Wir glauben überdies, daß es der ungarischen Industrie nicht an berufenen Verteidigern fehlt, die es nie veräumen, diese Interessen zu verteidigen, so zum Beispiel der Landesverband der ungarischen Fabrikindustriellen und der Landes-Industrieverein. So viel wir wissen wurde das erste offizielle Communiqué über die Erdgasfrage vom Landesverband der ungarischen Fabrikindustriellen veröffentlicht, welches besagte, daß die Frage verhandelt und jene Verfügungen mit Verhütung zur Kenntnis genommen wurden, die der Finanzminister im Vertrag zum Schutze der Interessen der heimischen Industrie getroffen hat. Im offiziellen Organ des Landes-Industrievereins aber wurde an leitender Stelle ein Artikel veröffentlicht, der mit einer gewissen verständlichen Ironie darauf hinweist, daß aus der mit der Deutschen Bank geschlossenen Transaktion eine Art von „nationaler Beleidigung“ wurde.

„Das Erdgas“ — führt der Artikel aus — „kann nicht in Waggons ausgeführt werden, wie man seit langen Jahrzehnten die Erze der ungarischen Erde exportiert, unter teuren Kosten, das wir in Gestalt noch teurer Fertigprodukte zurückerhalten, oder wie unser Holz, für das man Stühle, Möbel, Schnitzwaren importiert. Um die Erdgasquellen herum und auch weiter entfernt, dort, wo dieser Stoff hingeführt wird, werden ungarische Arbeiterhände ungarisches Gewerbe treiben und aus den Produkten wird die ungarische Volkswirtschaft Nutzen ziehen.“ Im Grunde genommen — sagt der Artikel weiter — müssen wir uns freuen, daß sich eine ausländische Unternehmung gefunden, die das Beispiel und vielleicht die Anregung zur Verwertung eines seit bereits sieben Jahren brachliegenden Naturschatzes gegeben hat. Der Artikel schließt mit dem Wunsche, „daß es gelingen möge, mit der Eröffnung der seit fünf Jahren versperrten Erdgasquellen die Quelle jener nationalen Krankheiten zu schließen, die die Verwertung dieses reichen Schatzes unseres Landes und vieler anderer unserer Reichtümer hindern. Dies würde wohl eher zum großen Stil unserer historischen Zeit passen, als parlamentarische Streitereien.“

Die Gegner des Erdgasvertrages, die unberufenweise die ungarische Industrie vor angeblichen Gefahren schützen wollen, mögen es sich selbst zuschreiben, wenn sie von den berufensten Vertretern der ungarischen Industrie eine derartige Antwort erhalten.

Schließlich sei hier noch einer Sache erwähnt. Man weist mit Vorliebe darauf hin, welches großes Institut die Deutsche Bank sei, daß sie auch alle Petroleumquellen Rumäniens besitze (dies entspricht zwar nicht den Tatsachen) und daß diese Bank ein offizielles Organ habe: die „Frankfurter Zeitung“, die immerwährend betont, daß die rumänischen Aspirationen in Siebenbürgen befriedigt werden müßten. Dann wird gefragt: „Ihr Herren Siebenbürgens, Ihr ungarischen Herren, dieser Deutschen Bank sollen wir Gelegenheit zu wirtschaftlichen Besitznahmen bieten?“

Es ist offenkundig, daß wir es hier mit einem fast beispiellosen Fall von Stimmungsmacherei zu tun haben. Die „Frankfurter Zeitung“ wird beschuldigt, sich der Deutschen Bank verkauft zu haben, und die Deutsche Bank wird beschuldigt, das Verhalten der „Frankfurter Zeitung“ vor dem Kriege in auswärtigen Fragen beeinflusst zu haben. Auf diese Insinuation braucht man wohl nicht viel Worte zu verlieren, da es einerseits allgemein bekannt ist, daß die „Frankfurter Zeitung“ eines jener angesehensten Organe der Welt ist, von denen jeder weiß, daß sie nicht käuflich sind, und daß sich eben deshalb die „Frankfurter Zeitung“ in der wirtschaftlichen Welt eines hohen Ansehens erfreut. Andererseits weist die Supposition, daß die Deutsche Bank, die mächtigste Bank des Deutschen Reiches, die durch das Finanzgenie eines Helfferich zum leitenden Geldinstitut Deutschlands gedieh, und die den ehrlichen und gerade Wege gehenden deutschen Geschäftsgeist repräsentiert, daß diese Bank um ihrer Petroleuminteressen in Rumänien willen in der Presse rumänische Nationalitäteninteressen bevorzugen ließe, auf gänzliche Unkenntnis der deutschen Wirtschaftsverhältnisse hin.

Beruhigend ist nur, daß das Publikum dieser Stimmungsmache, der falschen Einstellung von Tatsachen keinen Glauben schenkt und sich mit seiner Zustimmung jenen ersten Faktoren anschließt, die die großzügige, erfolgreiche Transaktion des Finanzministers Teleky mit aufrichtiger Befriedigung aufgenommen haben.